



STAUBIGE TROPEN:
US-Soldaten
1934 auf Haiti

Einige Wochen bevor die US-Truppen das Land verlassen, machen sich die Offiziere Sorgen, dass es beim Abzug zu Ausschreitungen kommen könnte. Vielleicht sei es besser, schlägt einer von ihnen vor, die Aktion vorzeitig und bei Nacht durchzuführen. Doch der Kommandeur will davon nichts wissen. »Wir gehen hier raus mit klingendem Spiel und wehender Flagge«, lautet sein Befehl. »Wenn sie Steine werfen wollen, sollen sie das tun. Wir stehlen uns nicht aus dem Land.« Der Kommandeur setzt sich durch. Die Amerikaner werden mit militärischen Ehren verabschiedet, und die Einheimischen schauen mit freundlicher Neugierde zu. Es kommt zu keinerlei Zwischenfällen.

Dies ist kein Szenario für den Rückzug der US-Truppen aus dem Irak, den die Iraq Study Group für Anfang 2008 empfohlen hat. Hier ist die Rede vom Ende der amerikanischen Besatzung in Haiti im Sommer 1934, das exakt 19 Jahre lang ein militärisches Protektorat der USA gewesen war – zehn Jahre länger als der östliche Nachbar, die Dominikanische Republik, die die U. S. Marines bereits 1924 wieder verlassen hatten.

Der Übergriff Washingtons auf die strategisch wichtige Insel Hispaniola in der Karibik war 1915 nicht überraschend gekommen. Schon 1904 hatte US-Präsident Theodore Roosevelt den lateinamerikanischen Nachbarn angekündigt, die USA würden notfalls als »internationale Polizei« intervenieren, um die Einmischung fremder Mächte in der westlichen Hemisphäre abzuwehren. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte man mit wachsendem Misstrauen beobachtet, wie besonders deutsche Geschäftsleute immer größeren Einfluss in Haiti gewannen. Mit Beginn des europäischen Krieges fürchteten die Amerikaner, die Deutschen könnten die chronische Instabilität des Landes dazu ausnutzen, Haiti in einen Stützpunkt der kaiserlichen Marine zu verwandeln.

Berichte über die Folterung von Gefangenen tauchen auf

Doch bei der Besetzung des Inselstaates ging es um mehr als die kurzfristige Sicherung der militärischen Dominanz in der Karibik. Tatsächlich versuchten die Amerikaner, Haiti zu einem geordneten, demokratischen Staatswesen zu machen. Der zutiefst von Amerikas demokratischer Mission überzeugte US-Präsident Woodrow Wilson hatte schon kurz nach seinem Amtsantritt 1913 dem britischen Botschafter angekündigt, er beabsichtige, »den südamerikanischen Republiken beizubringen, gute Männer zu wählen«. Im Falle Haitis war das Nation-Building, wie man heute sagt, freilich ein überaus ehrgeiziges Unterfangen.

Die Karibikrepublik, deren Sklavenbevölkerung sich Ende des 18. Jahrhunderts unter Führung des legendären Revolutionärs Toussaint Louverture gegen die französische Kolonialherrschaft erhoben und 1804 die Unabhängigkeit erkämpft hatte (ZEIT 5/01), galt schon damals als Lehrbeispiel für einen »gescheiterten Staat«. Ihre Geschichte war geprägt von Armut, Korruption, Gewalt und Unterdrückung, die aus dem Gegensatz zwischen einer kleinen gebildeten Elite mulattischer Abstammung und der Masse der schwarzen Landbevölkerung erwachsen. Schon im 19. Jahrhundert waren US-Marinestreitkräfte immer wieder kurzfristig in Haiti gelandet, um amerikanische Bürger zu evakuieren, wenn es erneut Unruhen gegeben hatte.

Die übliche Form des Regierungswechsels in Haiti war der Putsch. Die Verschwörer heuerten die so genannten Cacos an, Söldner und Banditen aus dem gebirgigen Norden, die dann plündernd in die Hauptstadt Port-au-Prince einfielen und ihren Führer zum Präsidenten ausriefen, während der bisherige Amtsinhaber ins Exil ging, nicht ohne

sich zuvor aus der Staatskasse bedient zu haben. Allein zwischen 1908 und 1915 wurden auf diese Art und Weise sieben Präsidenten gestürzt.

Der letzte Putsch Ende Juli 1915 geriet allerdings völlig außer Kontrolle. Der amtierende Präsident Vilbrun Guillaume Sam ließ mehrere Hundert seiner Gegner massakrieren und wurde schließlich selbst von einem Mob buchstäblich in Stücke gehauen. Um dem Chaos Einhalt zu gebieten, befahl Woodrow Wilson die Landung von zehntausend Marine-Infanteristen, die auf keinen nennenswerten Widerstand stießen. Dies bedeutete freilich nicht, dass die Haitianer die Soldaten freudig begrüßt hätten. Das Land war arm und chaotisch, aber immerhin – nach den USA – die zweitälteste Republik in der Neuen Welt und sehr stolz auf seine Unabhängigkeit.

Die Amerikaner hingegen sahen Haiti nur als einen schlagenden Beweis dafür, dass der »afrikanischen Rasse« jede Fähigkeit zur Selbstregierung fehle, wie US-Außenminister Robert Lansing notierte. Sein Vorgänger im Amt, William Jennings Bryan, hatte sich zumindest erstaunt über die sprachlichen Fähigkeiten der Haitianer gezeigt. »Sieh mal an«, bemerkte er überrascht, nachdem er einen Vortrag über die Geschichte und Kultur des Landes besucht hatte, »die Nigger sprechen sogar Französisch.« Unter amerikanischer Anleitung mochten sie vielleicht in der Lage sein, ihr eigenes Land vernünftig zu regieren. Den paternalistischen Geist der Besatzung brachte General Smedley Butler auf den Punkt, als er 1921 vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senats erklärte, die Besatzer sähen sich als »Treuhänder« für ihre haitianischen »Mündel«, denen ihr Eigentum zurückgegeben werde, sobald es die US-Regierung für richtig halte.

Zunächst einmal hielten die Besatzer es für richtig, einen neuen Präsidenten zu installieren und ihre De-facto-Übernahme der Souveränität Haitis legitimieren zu lassen. Ihre Wahl fiel auf den bisherigen Senatspräsidenten Philippe Dartiguenave, der sich den amerikanischen Reformplänen gegenüber aufgeschlossen zeigte und im August 1915 mit überwältigender Mehrheit von der haitianischen Nationalversammlung zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde. Allerdings blieb den Abgeordneten auch kaum etwas anderes übrig, denn die Abstimmung fand unter dem »Schutz« der Marines statt, die darauf achteten, dass richtig abgestimmt wurde. Gleichzeitig setzte man einen »Vertrag« auf, in dem Haiti den USA die Zoll- und Finanzhoheit übertrug und der Aufbau einer neuen Gendarmerie unter US-Aufsicht vereinbart wurde. Schließlich sicherten sich die Amerikaner das Recht zur militärischen Intervention, um die Vertragsbestimmungen durchzusetzen.

Die Haitianer reagierten auf dieses Vorgehen mit Empörung, sodass US-Admiral William B. Caperton Kriegsrecht und Pressezensur verhängte, um »falsche und aufrührerische Propaganda« gegen die Vereinigten Staaten und die Regierung Haitis zu unterbinden. Die »Unterzeichnung« des Vertrages am 15. September 1915 wurde zur Farce. Präsident Dartiguenave versteckte sich angeblich sogar im Badezimmer seines Palastes, um das Dokument nicht unterschreiben zu müssen, wurde aber von General Butler aufgestöbert und zur Unterschrift gezwungen.

Der Ärger über die Arroganz der Amerikaner und die Unzufriedenheit unter den Cacos führten zu einer kurzen Rebellion, die bis Ende 1915 niedergeschlagen wurde. Dabei verließen sich die USA nicht allein auf ihre militärische Überlegenheit, sondern boten den Rebellen Geld und eine Amnestie sowie die Chance, in die neue Gendarmerie einzutreten, wenn sie ihre Waffen niederlegten. Nachdem der Widerstand fürs Erste gebrochen war, machten sich die Besatzer an den konstruktiven Teil des Nation-Buildings.

Die Kontrolle über die haitianischen Finanzen dämmte die bis dahin übliche Kleptokratie zumin-

Wie einst in Haiti

Demokratie per Intervention? Schon lange vor dem Irakkrieg haben es die USA mit dem Nation-Building im Karibikstaat Haiti versucht

VON MANFRED BERG



dest ein. Die hellhäutige Oberschicht des Inselstaates stand der Besatzung denn auch feindselig gegenüber. Sie fürchtete um ihre Privilegien und war entsetzt, dass die Amerikaner sie, gemäß den in den USA üblichen Sitten, mit rassistischer Herablassung behandelten. Das einfache Volk dagegen profitierte durchaus von den Maßnahmen. Denn die von US-Offizieren geführte Gendarmerie war weniger korrupt und brutal als die alte Armee, und die Einrichtung von mehr als 150 Hospitälern und Krankenstationen eröffnete gerade der Landbevölkerung erstmals Zugang zu medizinischer Versorgung. Der Bau von Straßen, Brücken und Bewässerungskanälen gab vielen Menschen Arbeit.

Auch die Demokratie sollte vorangebracht werden, jedoch immer im Einklang mit den amerikanischen Interessen. Im Januar 1917 wurden Neuwahlen zum Parlament abgehalten, dessen Hauptaufgabe darin bestand, eine neue Verfassung zu verabschieden. Nach dem Willen der Amerikaner sollte diese unter anderem alle Beschränkungen für Ausländer aufheben, Eigentum in Haiti zu erwerben, und alle Maßnahmen der Besatzungsmacht nachträglich legitimieren. Die Abgeordneten in Port-au-Prince weigerten sich jedoch, den amerikanischen Anordnungen Folge zu leisten. So wurde die Nationalversammlung kurzerhand wieder aufgelöst und eine den Vorstellungen der Besatzer entsprechende Verfassung in einer Volksabstimmung

mit überwältigender Mehrheit angenommen – General Butlers Gendarmen und Marines waren den analphabetischen Wählern gerne beim Ausfüllen der Stimmzettel behilflich. Einer der US-Soldaten bekannte, die Manipulationen hätten ihm die Schamesröte ins Gesicht getrieben.

Den ganzen Zorn der Bevölkerung – und jetzt auch der unteren Schichten – erregten die Besatzer freilich durch eine andere Maßnahme. Um den Straßenbau voranzutreiben, griffen sie auf eine alte haitianische Institution zurück, die *corvée*, eine allgemeine Pflicht zur Arbeit beim Bau und bei der Ausbesserung von Straßen. Anfangs war die *corvée* gar nicht unpopulär, weil die Amerikaner für Essen und Amüsement der Arbeiter sorgten, doch schon bald wurde daraus eine Zwangsarbeit für die Armen. General Butler schaffte zwar Ende 1918 die *corvée* wieder ab, doch inzwischen hatte bereits eine neue Revolte der Cacos unter ihrem Führer Charlemagne Peralté begonnen, der einen »Heiligen Krieg« gegen die Besatzer ausrief. Obwohl Peralté Ende Oktober von einem US-Kommando erschossen wurde, dauerte der Aufstand bis weit ins nächste Jahr und kostete insgesamt zehntausend Rebellen das Leben.

Erstmals gelangten nun Berichte über Folter und Misshandlung von Gefangenen durch US-Soldaten in die amerikanische Öffentlichkeit und wurden 1920 zum Thema im Präsidentschaftswahlkampf. Wortführer der Afroamerikaner kritisierten die Besetzung Haitis als flagrante Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes einer schwarzen Nation, und der republikanische Kandidat Warren G. Harding versprach, er werde als Präsident »unseren westindischen Nachbarn« die Demokratie nicht »mit dem »Bajonett« aufzwingen.

Nach dem Sieg Hardings, der als Nachfolger Wilsons ins Weiße Haus einzog, befasste sich ein Untersuchungsausschuss des Senats mit dem Thema, empfahl aber kein Ende der Besatzung, sondern administrative Reformen. Der Präsident ernannte eine Hohe Kommission, die die Besatzungspolitik besser koordinieren sollte. Da viele Haitianer sich inzwischen mit der Fremdherrschaft arrangiert hatten, wurde der Umfang der US-Truppen auf unter tausend Soldaten gesenkt. Nach Meinung des amerikanischen Historikers Max Boot entwickelten sich die zwanziger Jahre so zur »friedlichsten und prosperierendsten Dekade in der Geschichte Haitis«. Die Früchte des Nation-Buildings, so schien es, begannen zu reifen.

Doch gerade die nationalistisch gesinnte Elite Haitis wollte sich nicht mit dem Status als Protektorat abfinden und verlangte Wahlen, die der amerikatreue Präsident Louis Borno jedoch ablehnte. Als 1929 Studentenproteste zu gewalttätigen anti-amerikanischen Demonstrationen eskalierten, wurden bei einem Zusammenstoß zwölf Haitianer von den Marines getötet. Obwohl es nicht zu einem allgemeinen Aufstand kam, befand eine von dem erst neu ins Amt gewählten US-Präsidenten Herbert Hoover eingesetzte Untersuchungskommission: »Überall herrscht eine intensive Abneigung gegen die amerikanische Besatzung.«

Angesichts der Großen Depression in den USA setzte sich Anfang der dreißiger Jahre die Einsicht durch, dass Amerika andere Probleme hatte, als Stabilität und Demokratie in Haiti zu sichern, zumal die Haitianer 1930 in freien Wahlen mehrheitlich für jene Nationalisten stimmten, die ein rasches Ende der Besatzung verlangten. Der Rückzug der US-Truppen war bereits von Hoover eingeleitet worden und wurde 1933 von seinem Nachfolger Franklin D. Roosevelt, der eine Politik der »guten Nachbarschaft« und Nichteinmischung gegenüber Lateinamerika vertrat, vertraglich mit der Regierung in Port-au-Prince vereinbart. Allerdings behielten sich die USA die Finanzaufsicht bis ins Jahr 1947 vor.

Die Erfolge des Nation-Buildings waren indes nicht von Dauer. Korruption und Kleptokratie

kehrten ebenso zurück wie die notorische politische Instabilität. 1957 ergriff dann François Duvalier, genannt »Papa Doc«, die Macht und regierte mit Hilfe seiner berüchtigten Geheimpolizei, der Tonton Macoutes. Wegen der strategischen Lage Haitis zu Kuba duldeten die USA das Duvalier-Regime, das nach dem Tode des Diktators im Jahr 1971 dessen Sohn Jean-Claude Duvalier (»Baby Doc«) fortsetzte. In den achtziger Jahren jedoch wurde der Strom der Flüchtlinge aus Haiti, die Armut und Unterdrückung zu entkommen suchten, immer mehr zum Problem für die USA, und sie übten zunehmend Druck auf Duvalier aus. Als 1986 eine Hungerrevolte ausbrach, musste »Baby Doc« an Bord eines von der US-Regierung bereitgestellten Flugzeugs fliehen, während das Volk an führenden Tonton Macoutes grausame Rache nahm.

Doch auch der Sturz Duvaliers führte Haiti nicht zur Demokratie. Weiterhin regierte das Militär und putschte gegen alle gewählten Präsidenten. Als der ehemalige Armenpriester Jean-Bertrand Aristide, auf den die Volksmassen ihre Hoffnungen setzten, 1991 gestürzt wurde, löste dies erneut eine Flüchtlingswelle in die USA aus, die Washington zum Handeln zwang.

»Aber dieses Land bleibt unser Land ...«

In den neunziger Jahren war es freilich nicht mehr möglich, kurzerhand die Marines nach Haiti zu schicken, um Ordnung zu schaffen. Weder die Regierung Bill Clintons noch das US-Militär drängten sich danach, Verantwortung für ein Land zu übernehmen, das zu den ärmsten Staaten der Welt gehörte und weithin als hoffnungsloser Fall betrachtet wurde. Erst 1994, nach endlosen Sanktionen und Verhandlungen mit dem Militärregime in Port-au-Prince, wurde Haiti erneut von US-Soldaten besetzt, diesmal jedoch mit UN-Mandat und als Teil einer UN-Truppe, die Präsident Aristide wieder ins Amt bringen und für Sicherheit und Stabilität sorgen sollte. Die Okkupation dauerte gut drei Jahre. Ende 1997 zog das internationale Korps wieder ab.

2003, die US-Armee war gerade siegreich in Bagdad eingezogen, veröffentlichte die kalifornische Rand Corporation eine Studie, die Amerikas Erfolge und Misserfolge beim Nation-Building im Hinblick auf die Lehren für die neuen Aufgaben im Irak analysierte. Die Intervention in Haiti zwischen 1994 und 1997 wurde dabei als Fehlschlag gewertet, denn obwohl man alle anfänglichen Ziele erreicht habe, sei das Land bald danach wieder in das alte Muster von Instabilität und Korruption zurückgefallen. Die Lehre für den Irak sei, so folgerte man, dass feste und frühzeitige Rückzugstermine kontraproduktiv seien, denn der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und demokratischer Institutionen benötige sehr viel Zeit.

Es fragt sich allerdings, wie viel. Immerhin, und das scheinen die Strategen der Rand Corporation vergessen zu haben, waren die Amerikaner zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon einmal fast zwanzig Jahre lang in Haiti. Offenbar aber hatte selbst dieser Zeitraum nicht ausgereicht, um das Pflanzchen der Demokratie gedeihen zu lassen.

Doch vielleicht ist es ja ein technokratischer Irrtum, Nation-Building sei primär eine Frage von genügend »Zeit, Personal und Geld«, wie die Rand-Studie glauben machen will. Wer nach den Lehren der Geschichte fragt, der sollte vielleicht die Worte bedenken, die ein Haitianer 1934 einem US-Offizier zum Abschied mit auf den Weg gab: »Wir wissen, dass ihr sehr viel für uns getan habt, und wir sind euch dankbar dafür. Aber dieses Land bleibt unser Land, und wir möchten es lieber selbst regieren.«

Der Autor ist Professor für Amerikanische Geschichte (Curt-Engelhorn-Lehrstuhl) an der Universität Heidelberg